

12. 02. 93

AS – FS – Fz

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

**Entwurf eines Gesetzes
zu dem Abkommen vom 25. März 1981
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Marokko
über Kindergeld**

A. Zielsetzung

Das Abkommen soll den Anspruch auf Kindergeld von in einem Vertragsstaat beschäftigten Arbeitnehmern für ihre im anderen Vertragsstaat wohnenden Kinder regeln.

B. Lösung

Zahlung von Kindergeld für die im anderen Vertragsstaat wohnenden Kinder. Die Kindergeldsätze richten sich nach den Verhältnissen des Wohnlandes (Wohnlandprinzip). Dies bedeutet insbesondere Zahlung von deutschem Kindergeld an in der Bundesrepublik Deutschland beschäftigte marokkanische Arbeitnehmer für ihre Kinder in Marokko in Anlehnung an die niedrigeren marokkanischen Kindergeldsätze. Kindergeld wird für das erste bis sechste Kind in Marokko gezahlt. Anspruch besteht bis zur Vollendung des 16. Lebensjahres.

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Der Bund wird durch die Ausführung des Gesetzes mit unter 3 Mio. DM jährlich belastet. Länder und Gemeinden werden durch die Ausführung des Gesetzes nicht mit Kosten belastet.

Fristablauf: 26. 03. 93

12. 02. 93

AS – FS – Fz

**Gesetzentwurf
der Bundesregierung**

**Entwurf eines Gesetzes
zu dem Abkommen vom 25. März 1981
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Marokko
über Kindergeld**

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
021 (311) – 806 06 – Ab 24/93

Bonn, den 12. Februar 1993

An den
Präsidenten des Bundesrates

Hiermit übersende ich gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes den von
der Bundesregierung beschlossenen

Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 25. März 1981 zwischen
der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Marokko über
Kindergeld

mit Begründung und Vorblatt.

Federführend ist das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung.

Kohl

Fristablauf: 26. 03. 93

Entwurf
Gesetz
zu dem Abkommen vom 25. März 1981
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Marokko
über Kindergeld

Vom

1993

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Den folgenden Übereinkünften wird zugestimmt:

1. Dem in Rabat am 25. März 1981 unterzeichneten Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Marokko über Kindergeld,
2. dem in Rabat am 22. November 1991 unterzeichneten Zusatzabkommen zu diesem Abkommen.

Die Übereinkünfte werden nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Abkommen vom 25. März 1981 nach seinem Artikel 12 Abs. 2 und das Zusatzabkommen vom 22. November 1991 nach seinem Artikel 3 Abs. 2 in Kraft treten, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Begründung zum Vertragsgesetz

Zu Artikel 1

Auf die Übereinkünfte findet Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da sie sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung beziehen.

Die Zustimmung des Bundesrates ist nach Artikel 84 Abs. 1 des Grundgesetzes erforderlich, da durch das Vertragsgesetz in Verbindung mit den Übereinkünften das Verwaltungsverfahren von Landesbehörden geregelt wird.

Zu Artikel 2

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem das Abkommen nach seinem Artikel 12 Abs. 2 und das Zusatzabkommen nach seinem Artikel 3 Abs. 2 in Kraft treten, im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Schlußbemerkung

Der Bund wird durch die Ausführung des Gesetzes mit unter 3 Mio. DM jährlich belastet werden. Länder und Gemeinden werden durch die Ausführung des Gesetzes nicht mit Kosten belastet. Auswirkungen auf Einzelpreise und auf das allgemeine Preisniveau, insbesondere das Verbraucherpreisniveau, sind nicht zu erwarten, da Kosten für Unternehmen und die betroffenen Personen nicht entstehen.

**Abkommen
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und dem Königreich Marokko
über Kindergeld**

**Convention
entre la République fédérale d'Allemagne
et le Royaume du Maroc
relative aux allocations familiales**

Die Bundesrepublik Deutschland
und
das Königreich Marokko –

La République fédérale d'Allemagne
et
le Royaume du Maroc,

in dem Wunsch, ihre Beziehungen im Bereich der Sozialen Sicherheit auch auf das Kindergeld zu erstrecken –

désireux d'étendre leurs relations dans le domaine de la sécurité sociale également aux allocations familiales,

haben folgendes vereinbart:

sont convenus des dispositions suivantes:

**Titel I
Allgemeine Bestimmungen**

**Titre I
Dispositions générales**

Artikel 1

Article 1^{er}

In diesem Abkommen bedeuten die Ausdrücke

Aux fins de l'application de la présente Convention,

1. „Hoheitsgebiet“

in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland
den Geltungsbereich der in Artikel 2 Absatz 1 Nummer 1
bezeichneten Rechtsvorschriften,

in bezug auf das Königreich Marokko
das nationale Hoheitsgebiet, wie es durch die marokkanische
Gesetzgebung bestimmt wird;

1. le terme «territoire» désigne

en ce qui concerne la République fédérale d'Allemagne
le champ d'application de la législation visée au numéro 1 du
paragraphe 1 de l'article 2,

en ce qui concerne le Royaume du Maroc
le territoire national tel qu'il est défini par la loi marocaine;

2. „Staatsangehöriger“

in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland
einen Deutschen im Sinne des Grundgesetzes für die Bundes-
republik Deutschland,

in bezug auf das Königreich Marokko
einen Marokkaner im Sinne des Staatsangehörigkeitsgeset-
zes;

2. le terme «ressortissant» désigne

en ce qui concerne la République fédérale d'Allemagne
un Allemand au sens de la Loi fondamentale de la République
fédérale d'Allemagne,

en ce qui concerne le Royaume du Maroc
un Marocain au sens du Code de la Nationalité;

3. „Rechtsvorschriften“

die Gesetze und sonstigen allgemein rechtsetzenden Akte, die
sich auf die in Artikel 2 Absatz 1 bezeichneten Zweige der
Sozialen Sicherheit beziehen;

3. le terme «législation» désigne

les lois et autres actes législatifs se rapportant aux branches
de sécurité sociale visées au paragraphe 1 de l'article 2;

4. „zuständige Behörde“

in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland
den Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung,

in bezug auf das Königreich Marokko
den Minister für Arbeit und berufliche Bildung;

4. le terme «autorité compétente» désigne

en ce qui concerne la République fédérale d'Allemagne
le Ministre fédéral du Travail et des Affaires sociales,

en ce qui concerne le Royaume du Maroc
le Ministre du Travail et de la Formation professionnelle;

5. „Träger“

die Einrichtung oder die Behörde, der die Durchführung in
Artikel 2 Absatz 1 bezeichneter Rechtsvorschriften obliegt;

5. le terme «institution» désigne

l'institution ou l'autorité chargée de l'exécution de la législation
visée au paragraphe 1 de l'article 2;

6. „zuständiger Träger“

den nach den anzuwendenden Rechtsvorschriften zuständigen Träger;

7. „Beitragszeit“

eine Zeit, für die nach den Rechtsvorschriften im Sinne des deutsch-marokkanischen Abkommens über Soziale Sicherheit (im folgenden als Abkommen über Soziale Sicherheit bezeichnet) oder dieses Abkommens Beiträge entrichtet sind oder als entrichtet gelten;

8. „gleichgestellte Zeit“

eine Zeit, soweit sie nach den Rechtsvorschriften im Sinne des Abkommens über Soziale Sicherheit oder dieses Abkommens, nach denen sie zurückgelegt wurde oder als zurückgelegt gilt, einer Beitragszeit gleichsteht.

Artikel 2

(1) Soweit dieses Abkommen nichts anderes bestimmt, bezieht es sich

1. auf die deutschen Rechtsvorschriften über das Kindergeld,
2. auf die marokkanischen Rechtsvorschriften über das Kindergeld.

(2) Bei Anwendung dieses Abkommens finden die Rechtsvorschriften keine Anwendung, die sich für einen Vertragsstaat aus anderen zwischenstaatlichen Übereinkünften oder aus überstaatlichem Recht ergeben oder zu deren Ausführung dienen. Entgegenstehende Bestimmungen des Kooperationsabkommens vom 27. April 1976 zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und dem Königreich Marokko werden nicht beeinträchtigt.

Artikel 3

Soweit dieses Abkommen nichts anderes bestimmt, gilt es für Arbeitnehmer, die

- a) Staatsangehörige eines Vertragsstaats,
- b) Flüchtlinge im Sinne des Artikels 1 des Abkommens vom 28. Juli 1951 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und des Protokolls vom 31. Januar 1967 zu dem genannten Abkommen,
- c) Staatenlose im Sinne des Artikels 1 des Übereinkommens vom 28. September 1954 über die Rechtsstellung der Staatenlosen

sind.

Artikel 4

Die in Artikel 3 bezeichneten Arbeitnehmer, die sich gewöhnlich im Hoheitsgebiet eines Vertragsstaats aufhalten, stehen bei Anwendung der Rechtsvorschriften dieses Vertragsstaats dessen Staatsangehörigen gleich.

Artikel 5

(1) Für die Beitragspflicht und für die Gewährung von Kindergeld sind die Artikel 6 bis 8 und 10 des Abkommens über Soziale Sicherheit sinngemäß anzuwenden; Ausnahmeregelungen nach Artikel 11 jenes Abkommens gelten auch für das Kindergeld.

(2) Finden nach Absatz 1 nicht die Rechtsvorschriften des Vertragsstaats Anwendung, in dessen Hoheitsgebiet der Arbeitnehmer beschäftigt ist, so gilt dies auch für dessen Ehegatten, sofern dieser nicht aufgrund eigener Beschäftigung als Arbeitnehmer den Rechtsvorschriften dieses Vertragsstaats unterliegt.

6. le terme «institution compétente» désigne

l'institution compétente en vertu de la législation applicable;

7. le terme «période de cotisation» désigne

une période pour laquelle des cotisations ont été versées ou sont considérées comme étant versées conformément à la législation telle que définie à la Convention germano-marocaine relative à la sécurité sociale (désigné ci-après Convention relative à la sécurité sociale) ou à la présente Convention;

8. le terme «période équivalente» désigne

une période dans la mesure où elle est équivalente à une période de cotisation conformément à la législation telle que définie à la Convention relative à la sécurité sociale ou à la présente Convention, législation sous laquelle elle a été accomplie ou est considérée comme étant accomplie.

Article 2

(1) A moins que la présente Convention n'en dispose autrement, elle est applicable

1. à la législation allemande relative aux allocations familiales («Kindergeld»)
2. aux dispositions de la législation marocaine relatives aux allocations familiales.

(2) Ne sont pas applicables, lors de l'application de la présente Convention, les dispositions d'autres accords internationaux ou de la législation supranationale liant un des Etats contractants ou prises en vertu de l'application de ceux-ci. Toutefois il n'est pas dérogé aux dispositions contraires contenues dans l'Accord de coopération entre la Communauté économique européenne et le Royaume du Maroc du 27 avril 1976.

Article 3

A moins qu'il n'en soit disposé autrement, la présente Convention s'applique aux travailleurs salariés qui sont

- a) des ressortissants de l'un des Etats contractants;
- b) des réfugiés au sens de l'article premier de la Convention du 28 juillet 1951 relative au statut des réfugiés et du Protocole du 31 janvier 1967 à ladite Convention;
- c) des apatrides au sens de l'article premier de la Convention du 28 septembre 1954 relative au statut des apatrides.

Article 4

Les travailleurs salariés visés à l'article 3 et résidant sur le territoire de l'un des Etats contractants sont assimilés pour l'application de la législation de cet Etat contractant aux ressortissants de celui-ci.

Article 5

(1) Les dispositions des articles 6 à 8 et 10 de la Convention relative à la sécurité sociale s'appliquent par analogie à l'obligation de verser des cotisations et à l'octroi des allocations familiales; les dérogations en vertu des dispositions de l'article 11 de ladite Convention sont également applicables aux allocations familiales.

(2) Lorsque, conformément aux dispositions du paragraphe précédent, la législation de l'Etat contractant sur le territoire duquel le travailleur salarié est occupé n'est pas applicable, ceci s'applique également à son conjoint à condition que celui-ci ne soit pas soumis comme travailleur salarié en vertu d'un emploi personnel à la législation de cet Etat contractant.

R
In 3. Zu Artikel 3 Nr. 1 (§ 125 Abs. 1 StGB)

Artikel 3 Nr. 1 ist zu streichen.

Als Folge ist

1. das Vorblatt wie folgt zu ändern:

In Abschnitt "B. Lösung" sind Absatz 1 Satz 1 und in Absatz 1 Satz 2 das Wort "außerdem" zu streichen.

2. die Begründung wie folgt zu ändern:

a) Abschnitt "A. Allgemeines" ist wie folgt zu ändern:

aa) In Abschnitt I.1. ist unter der Überschrift "Tatbestand des Landfriedensbruchs" der Absatz 3 zu streichen.

bb) In Abschnitt I.1. sind unter der Überschrift "Vorschläge des Entwurfs" in Absatz 1 Satz 1 das Wort "im" durch das Wort "dem" zu ersetzen und die Worte "den Strafraumen zu erhöhen und diesem Tatbestand" zu streichen.

b) Im Abschnitt "B. Zu den einzelnen Vorschriften" sind in der Begründung "Zu Artikel 3 (Änderung des Strafgesetzbuches)" in Absatz 1 Satz 1 die Worte "eine Erhöhung des Strafraumens der aktiven Gewalttäter (Absatz 1) sowie" und Absatz 2 (Ziffer 1) zu streichen.

Begründung für das Plenum:

Durch Artikel 3 Nr. 1 soll eine Verschärfung der Strafbarkeit des einfachen Landfriedensbruchs (§ 125 StGB) auf Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahre eingeführt werden.

Hiergegen spricht, daß bislang nicht dargelegt worden ist, daß für diese Verschärfung ein rechtspolitisches Bedürfnis besteht.

staats in das Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats, so ist für diesen Monat das Kindergeld ausschließlich nach den Rechtsvorschriften des Vertragsstaats, gegebenenfalls in Verbindung mit diesem Abkommen, zu gewähren, die am Beginn des Monats anzuwenden waren.

(7) Das Kindergeld wird jeweils vom zuständigen Träger in der Währung des Vertragsstaats gezahlt, dessen Rechtsvorschriften der Arbeitnehmer unterliegt. Auf Antrag des Arbeitnehmers zahlt der zuständige Träger das Kindergeld über die Verbindungsstelle im Wohnland des Kindes mit befreiender Wirkung an die natürliche oder juristische Person, die für das Kind überwiegend sorgt. Die Zahlung erfolgt auch an diese Person, wenn sie den Nachweis erbringt, daß das dem Arbeitnehmer ausgezahlte Kindergeld von ihm nicht für den Unterhalt des Kindes verwendet wird. Sorgen neben dem Ehegatten des Berechtigten andere Personen für das Kind, so ist das Kindergeld dem Ehegatten auszus zahlen. Der Arbeitnehmer gilt als Empfänger des Kindergelds im Sinne der Vorschriften über die Rückzahlung zu Unrecht gewährten Kindergelds.

Titel III Verschiedene Bestimmungen

Artikel 8

Artikel 27 Absatz 1, Artikel 28, Artikel 29 Absätze 1 bis 3, Artikel 30, Artikel 31, Artikel 32 Absätze 1 und 2, Artikel 35, Artikel 36 Absatz 1 und Absätze 3 bis 6 und Artikel 37 des Abkommens über Soziale Sicherheit sind entsprechend anzuwenden.

Artikel 9

(1) Die zuständigen Behörden können die zur Durchführung dieses Abkommens notwendigen Verwaltungsmaßnahmen vereinbaren. Sie unterrichten einander über Änderungen und Ergänzungen der für sie geltenden in Artikel 2 bezeichneten Rechtsvorschriften.

(2) Zur Erleichterung der Durchführung dieses Abkommens werden folgende Verbindungsstellen eingerichtet:

in der Bundesrepublik Deutschland
die Hauptstelle der Bundesanstalt für Arbeit, Nürnberg;
im Königreich Marokko
die Staatliche Anstalt für Soziale Sicherheit.

Titel IV Schlußbestimmungen

Artikel 10

Dieses Abkommen gilt auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung des Königreichs Marokko innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Abkommens eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Artikel 11

Dieses Abkommen wird auf unbestimmte Zeit geschlossen. Jeder Vertragsstaat kann es unter Einhaltung einer Frist von drei Monaten zum Ende eines Kalenderjahrs kündigen.

Artikel 12

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifikation. Die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich in Bonn ausgetauscht.

toire de l'autre Etat contractant, les allocations familiales pour ce mois sont à verser exclusivement sous la législation de l'Etat contractant applicable au début de ce mois, le cas échéant, en relation avec les dispositions de la présente Convention.

(7) Les allocations familiales sont versées par l'institution compétente dans la monnaie de l'Etat contractant à la législation duquel le travailleur est soumis. A la demande du travailleur, l'institution compétente verse les allocations familiales, par l'intermédiaire de l'organisme de liaison dans le pays de résidence de l'enfant, avec effet libératoire, à la personne physique ou morale assurant principalement la garde de l'enfant. Le versement est également effectué à cette personne si elle apporte la preuve que les allocations familiales versées au travailleur ne sont pas employées par celui-ci à l'entretien de l'enfant. Lorsque, en plus du conjoint du bénéficiaire, d'autres personnes assurent la garde de l'enfant, les allocations familiales doivent être versées au conjoint. Le travailleur est considéré comme bénéficiaire des allocations familiales au sens des dispositions régissant le remboursement des allocations familiales indûment accordées.

Titre III Dispositions diverses

Article 8

Les dispositions du paragraphe 1 de l'article 27, de l'article 28, des paragraphes 1 à 3 de l'article 29, de l'article 30, de l'article 31, des paragraphes 1 et 2 de l'article 32, de l'article 35, des paragraphes 1 et 3 à 6 de l'article 36 et de l'article 37 de la Convention relative à la sécurité sociale sont applicables par analogie.

Article 9

(1) Les autorités compétentes pourront convenir des mesures administratives nécessaires à l'application de la présente Convention. Elles se tiendront informées mutuellement des modifications et des compléments apportés à la législation visée à l'article 2 et qui leur est applicable.

(2) Pour faciliter l'application de la présente Convention, les organismes de liaison suivants sont institués:

en République fédérale d'Allemagne
la Centrale de l'Office fédéral de l'Emploi à Nuremberg;
au Royaume du Maroc
la Caisse nationale de sécurité sociale.

Titre IV Dispositions finales

Article 10

La présente Convention s'appliquera également au Land de Berlin, sauf déclaration contraire faite par le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne au Gouvernement du Royaume du Maroc dans les trois mois qui suivront l'entrée en vigueur de la présente Convention.

Article 11

La présente Convention sera conclue pour une durée indéterminée. Chaque Etat contractant pourra la dénoncer à l'expiration d'une année civile sous réserve d'un préavis de trois mois.

Article 12

(1) La présente Convention sera soumise à ratification. Les instruments de ratification seront échangés à Bonn aussi tôt que possible.

(2) Dieses Abkommen tritt am ersten Tag des zweiten Monats nach Ablauf des Monats in Kraft, in dem die Ratifikationsurkunden ausgetauscht werden.

(2) La présente Convention entrera en vigueur le premier jour du deuxième mois suivant le dernier jour du mois au cours duquel les instruments de ratification auront été échangés.

Zu Urkund dessen haben die hierzu von ihren Regierungen gehörig befugten Bevollmächtigten dieses Abkommen unterschrieben und mit ihren Siegeln versehen.

En foi de quoi, les plénipotentiaires, dûment autorisés par leurs Gouvernements respectifs, ont signé la présente Convention et y ont apposé leurs sceaux.

Geschehen zu Rabat am 25. März 1981 in zwei Urschriften, jede in deutscher, arabischer und französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut verbindlich ist. Bei unterschiedlicher Auslegung des deutschen und des arabischen Wortlauts ist der französische Wortlaut maßgebend.

Fait à Rabat, le 25 mars 1981, en double exemplaire en langues arabe, allemande et française, les trois textes faisant foi. En cas de divergences dans l'interprétation du texte arabe et du texte allemand, le texte français prévaudra.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Pour la République fédérale d'Allemagne

Walter Jesser
Hermann Buschfort

Für das Königreich Marokko
Pour le Royaume du Maroc
Abderrahman Baddou

**Zusatzabkommen
zum Abkommen vom 25. März 1981
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und dem Königreich Marokko
über Kindergeld**

**Accord complémentaire à la Convention
entre la République fédérale d'Allemagne
et le Royaume du Maroc
relative aux allocations familiales du 25 mars 1981**

Die Bundesrepublik Deutschland
und
das Königreich Marokko –

nach Prüfung des Abkommens vom 25. März 1981 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Marokko über Kindergeld – im folgenden als „Abkommen“ bezeichnet –

haben folgendes vereinbart:

Artikel 1

In Artikel 1 Nummer 4 des Abkommens werden die Worte „den Minister für Arbeit und berufliche Bildung“ durch die Worte „den Minister für das Gesundheitswesen“ ersetzt.

Artikel 2

In Artikel 7 Absatz 4 des Abkommens werden die Worte „18. Lebensjahrs“ durch die Worte „16. Lebensjahrs“ ersetzt.

Artikel 3

(1) Dieses Zusatzabkommen bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich in Bonn ausgetauscht.

(2) Dieses Zusatzabkommen tritt an dem Tag in Kraft, an dem das Abkommen in Kraft tritt.

Zu Urkund dessen haben die hierzu gehörig befugten Bevollmächtigten dieses Zusatzabkommen unterschrieben.

Geschehen zu Rabat am 22. November 1991 in zwei Urschriften, jede in deutscher, arabischer und französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut verbindlich ist. Bei unterschiedlicher Auslegung des deutschen und des arabischen Wortlauts ist der französische Wortlaut maßgebend.

La République fédérale d'Allemagne
et
le Royaume du Maroc

Ayant examiné la Convention entre le Royaume du Maroc et la République fédérale d'Allemagne relative aux allocations familiales du 25 mars 1981, désignée ci-après «Convention»,

sont convenus des dispositions suivantes:

Article 1^{er}

Au numéro 4 de l'article 1^{er} de la Convention, les termes «le Ministre du travail et de la formation professionnelle» sont remplacés par les termes «le Ministre de la Santé Publique».

Article 2

Au paragraphe 4 de l'article 7 de la Convention, l'expression «dix-huit ans» est remplacée par l'expression «seize ans».

Article 3

1. Le présent Accord complémentaire sera soumis à ratification; les instruments de ratification seront échangés à Bonn aussitôt que possible.

2. Le présent Accord complémentaire entrera en vigueur le jour de l'entrée en vigueur de la Convention.

En foi de quoi, les plénipotentiaires dûment autorisés ont signé le présent Accord complémentaire.

Fait à Rabat le 22 novembre 1991 en double exemplaire en langues arabe, allemande et française, les trois textes faisant foi. En cas de divergences dans l'interprétation du texte arabe et du texte allemand, le texte français prévaudra.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Pour la République fédérale d'Allemagne
Dr. Wilfried Hofmann
Norbert Blüm

Für das Königreich Marokko
Pour le Royaume du Maroc
Tayeb Bencheich

Denkschrift

I. Allgemeines

Zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Marokko besteht bereits das Abkommen über Soziale Sicherheit vom 25. März 1981, das hauptsächlich die Renten- und Unfallversicherung umfaßt. Mit dem am 25. März 1981 unterzeichneten Abkommen über Kindergeld werden die Beziehungen zwischen Deutschland und Marokko im Bereich der sozialen Sicherheit erweitert. Die Inkraftsetzung des Kindergeldabkommens war von deutscher Seite im Hinblick auf die Konsolidierungsmaßnahmen im Bereich der Sozialversicherung und die generelle Diskussion im Bereich der Familienpolitik zunächst zurückgestellt worden. Ferner waren Ergänzungen durch das am 22. November 1991 unterzeichnete Zusatzabkommen erforderlich geworden.

Nach dem Vertragswerk sollen in einem Vertragsstaat beschäftigte Arbeitnehmer Kindergeld auch für ihre im anderen Vertragsstaat wohnenden Kinder erhalten. Dies bedeutet insbesondere auch Zahlung von deutschem Kindergeld an in Deutschland beschäftigte marokkanische Arbeitnehmer für ihre in Marokko wohnenden Kinder. Die Kindergeldsätze richten sich nach den Verhältnissen des Wohnlandes (Wohnlandprinzip) und damit nach den niedrigeren marokkanischen Kindergeldsätzen für Kinder in Marokko.

II. Besonderes

A. Zum Abkommen

Artikel 1 enthält Bestimmungen der in den nachfolgenden Vorschriften wiederholt verwendeten Begriffe.

Artikel 2 bestimmt als sachlichen Geltungsbereich des Abkommens die Rechtsvorschriften über das Kindergeld beider Vertragsstaaten. Nach Absatz 2 erfaßt der sachliche Geltungsbereich des Abkommens nicht Rechtsvorschriften, die aufgrund von Rechtsbeziehungen mit anderen Staaten in dem einen oder dem anderen Vertragsstaat gelten.

Artikel 3 bezieht in den persönlichen Geltungsbereich die Staatsangehörigen der beiden Vertragsstaaten, Flüchtlinge und Staatenlose ein.

Artikel 4 enthält den Grundsatz der Gleichbehandlung der Staatsangehörigen beider Vertragsstaaten. In die

Gleichbehandlung werden auch Flüchtlinge und Staatenlose einbezogen.

Artikel 5 bestimmt in Anlehnung an das Abkommen über Soziale Sicherheit, daß grundsätzlich die Rechtsvorschriften über das Kindergeld des Beschäftigungslandes des Arbeitnehmers Anwendung finden, in Fällen der Entsendung die Rechtsvorschriften des Entsendestaates.

Artikel 6 bestimmt, daß Beitragszeiten und gleichgestellte Zeiten, die in Deutschland und Marokko zurückgelegt sind, zusammenzurechnen sind, soweit solche Zeiten für die Erfüllung des Anspruchs auf Kindergeld erforderlich sind.

Artikel 7 bestimmt, daß die in einem Vertragsstaat beschäftigten deutschen und marokkanischen Arbeitnehmer Kindergeld für ihre im anderen Vertragsstaat wohnenden Kinder erhalten. So erhalten in Deutschland beschäftigte marokkanische Arbeitnehmer Kindergeld für ihre in Marokko wohnenden Kinder. Die Kindergeldsätze richten sich nach den Verhältnissen des Wohnlandes (Wohnlandprinzip). Das Kindergeld beträgt für das erste Kind 10,- DM monatlich, für das zweite bis sechste Kind je 25,- DM monatlich. Weitere Kinder in Marokko werden nicht berücksichtigt.

Die Artikel 8 und 9 enthalten – hauptsächlich in Anlehnung an das Abkommen über Soziale Sicherheit – die üblichen Regelungen über das Zusammenwirken der in den beiden Vertragsstaaten mit der Durchführung des Abkommens betrauten Stellen.

Die Artikel 10 bis 12 enthalten Schlußbestimmungen.

B. Zum Zusatzabkommen

Im Zuge einer zwischenzeitlich erfolgten innerstaatlichen Rechtsänderung hat es sich als notwendig erwiesen, ein Zusatzabkommen über Kindergeld zu schließen, das den veränderten Gegebenheiten Rechnung trägt.

Das Zusatzabkommen sieht vor, daß in Anlehnung an das innerstaatliche deutsche Recht die Altersgrenze für den Anspruch auf Kindergeld von 18 auf 16 Jahre herabgesetzt wird.

Artikel 1 enthält für das Königreich Marokko eine Zuständigkeitsänderung.

Artikel 2 legt die Herabsetzung der Altersgrenze fest.

Artikel 3 enthält die übliche Schlußbestimmung.

26.03.93

Stellungnahme **des Bundesrates**

Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 25. März 1981
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich
Marokko über Kindergeld

Der Bundesrat hat in seiner 654. Sitzung am 26. März 1993 gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes beschlossen, gegen den Gesetzentwurf keine Einwendungen zu erheben.